

Nr.: 137/2026

■ **Dezernat** III - Mobilität & Infrastruktur
■ **Fachbereich** Stellvertretende Dezernatsleitung
■ **Verfasser/-in** Jochum, Jakob
■ **Telefon** 07621 410-3030

18.06.2026

Beratungsfolge	Status	Datum
Umweltausschuss und Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach	öffentlich	08.07.2026

Tagesordnungspunkt

Teilhaushaltszwischenbericht 2026 - THH 4 Mobilität & Infrastruktur

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	4	Mobilität & Infrastruktur
--------------	---	---------------------------

Inhalt der Mitteilung

■ Sachverhalt

Im Rahmen der Umstellung auf das NKHR (Neues kommunales Haushaltsrecht) sind die Kreisgremien (Kreistag, Ausschüsse) unterjährig über den Stand des Haushaltsvollzugs (Erreichung Finanz- und Leistungsziele) in den Teilhaushalten zu unterrichten. Der vorliegende Zwischenbericht des Teilhaushalts 4 – Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik bezieht sich auf den Zeitraum bis 31.05.2026.

THH 4 – Bericht

Ergebnishaushalt	IST 2025 - in EUR -	PLAN Budget 2026 - in EUR -	Prognose IST 2026 - in EUR -	Abwei- chung PLAN/Pr ognose 2026 - in EUR -	Benennung der Abweichung mit einem Schlagwort, Bezifferung der Höhe
Ordentliche Erträge	26.730.288	28.745.278	28.466.278	-279.000	Mindereinnahmen Geschwindigkeitsüberwachung (-500.000 EUR), Mindererträge Gebühreneinnahmen Baurecht (-700.000 EUR), Mehrerträge Schlussabrechnung Coronahilfen ÖPNV (+921.000 EUR)
Ordentliche Aufwendungen	-44.370.073	-46.770.707	-46.785.707	-15.000	Mehraufwendungen Sofortmaßnahmen Stützmauer (-15.000 EUR)
Ordentliches Ergebnis	-17.639.785	-18.025.429	-18.319.429	-294.000	

Stand 31.05.2026

FINANZSEITE

Vorbemerkung: Der Bericht stellt auf den Sachstand zum Ende Mai 2026 dar. Die Auswirkungen der am 22.06.2026 erlassenen Haushaltssperre sind nur einbezogen, soweit bereits konkrete Entscheidungen über Ausgaben getroffen wurden.

Mit einer **Budgetüberschreitung von 294.000 EUR** wird der THH 4 voraussichtlich negativ vom Plan abweichen. Im Zentrum stehen Mindererträge im Baurecht in Höhe von 700.000 EUR sowie in der Geschwindigkeitsüberwachung in Höhe von 500.000 EUR.

Im Ergebnishaushalt rechnet der **FB Straßen** derzeit mit Budgetüberschreitungen in Höhe von 15.000 EUR auf Grund außerplanmäßiger Aufwendungen für Sofortmaßnahmen zur Sicherung einer Stützmauer an der K6338 im Bereich Hasel.

Bei den investiven Projekten gibt es beim FB Straßen verschiedene Budgetabweichungen. Ins Gewicht fallen hier deutliche Mehraufwendungen in Höhe von 145.000 EUR für die Deckensanierung an der K6319 Holzen-Hammerstein wegen gestiegener Kosten für die Entsorgung von teerhaltigem Material. Die eigentlich für 2027 geplante Sanierung der K6326 „Alte Straße“ wurde vorgezogen und finanziell neu bewertet (vgl. Beschluss des Kreistags aufgrund Vorlage Nr. 038/2026). Gegenüber der damaligen Kostenschätzung kommt es im Projekt nun allerdings zu Minderaufwendungen in Höhe von 40.000 EUR. Hinzu kommen vorgezogenen Aufwendungen in Höhe von 20.000 EUR für das Ziehen von Bohrkernen an der K6336 Nordschwaben bzgl. der in 2027 geplanten Deckensanierung.

Darüber hinaus tritt wegen Unterspülungen an einer Bach-/Stützmauer an der K6346 im Bereich Weitenau eine weitere Herausforderung hinzu. Hier ist zunächst der Sachverhalt zu ermit-

teilen und fachlich sowie finanziell zu bewerten. Es ist zu befürchten, dass es hierdurch zu weiteren außerplanmäßigen Kosten kommt.

Im **Fachbereich Baurecht** kommt es zu Mindererträgen in Höhe von 700.000 EUR. Trotz einer gleichbleibend hohen Anzahl von Bauanträgen können nur deutlich geringere Gebühreneinnahmen erzielt werden. Grund ist, dass die Gebührenhöhe vom jeweiligen Gegenstandswert des Antrags abhängen.

Der **Fachbereich Umwelt** liegt finanzseitig im Plan.

Der **Fachbereich Verkehr & ÖPNV** weicht mit einem Gesamtbetrag von 421.000 EUR positiv vom Plan ab. Aus der Schlussabrechnung des Corona-Rettungsschirms für den ÖPNV ergeben sich außerplanmäßige Erträge in Höhe von 921.000 EUR, welche die Mindererträge in der Geschwindigkeitsüberwachung auffangen. Bei dieser Bewertung nicht berücksichtigt sind die deutlichen Minderaufwendungen im Bereich Personal. Diese belaufen sich bei unverändertem Vorgang auf bis zu 500.000 EUR.

In der **Geschwindigkeitsüberwachung** ist es zu Mindereinnahmen in Höhe von ca. 500.000 EUR gekommen. Diese ergeben sich aus zwei schwachen Monaten auf Grund des Ausfalls einer semistationären Anlage für sechs Wochen sowie dem Austausch defekter Stative im mobilen Messbereich. Hiernach bewegen sich die Erträge wieder im prognostizierten Bereich.

Für die **Führerscheinstelle** haben sich die prognostizierten Zahlen sowohl ertragsseitig als auch aufwandsseitig als belastbar erwiesen.

Erstmalig ist ein Rückgang der Gebühreneinnahmen im Bereich der **Kfz-Zulassungsstellen** eingetreten. Grund hierfür ist die Zunahme von Online-Zulassungen, die hiermit verbundenen Gebührensätze fallen deutlich niedriger aus. Gleichzeitig haben die Postvorgänge zugenommen, wodurch das Budget im Rahmen liegt.

Im **ÖPNV** deutet sich eine leicht positive Entwicklung an, da die mit dem BW-Index beschriebene allgemeine Teuerungsrate geringer ausfällt als zuletzt angenommen.

Für die **Stabsstelle Strukturpolitik & Nachhaltige Mobilität** wird nicht mit einer Budgetabweichung gerechnet. Abweichungen ergeben sich im investiven Bereich mit Blick auf den **Radverkehr**. Hier fällt ins Gewicht, dass die weiteren Planungs- und Bauphasen für den Radweg an der K6336 vorerst verschoben werden.

In den Investitionsprojekten **Ausbau und Elektrifizierung der Hochrheinbahn** und **Ausbau der Garten und Wiesentalbahn** ergeben sich aktuell keine Abweichungen.

LEISTUNGSSEITE

Leistungsseitig weicht der THH 4 stellenweise negativ vom Plan ab. Dies ist im Wesentlichen durch fehlendes Personal begründet.

Bei einer Gesamtbetrachtung der Jahre 2026 und 2027 liegt der **Fachbereich Straßen** leistungsseitig im Plan. Um Synergien bzw. zeitliche Zwangspunkte zu nutzen, hat der Kreistag entschieden, die Sanierung der K6326 „Alte Straße“ von 2027 auf 2026 vorzuziehen (vgl. Vorlage Nr. 038/2026). Das Projekt befindet sich derzeit in der Umsetzung. Die Deckenerneuerung aus dem Kreisstraßenprogramm K6319 Holzen-Hammerstein wurde bereits abgeschlossen, die übrigen Projekte liegen im Zeitplan.

Der **Fachbereich Baurecht** liegt leistungsseitig im Plan.

Der **Fachbereich Umwelt** weicht leistungsseitig negativ vom Plan ab. Auf Grund des Personal- und Stellenmangels können nicht alle Aufgaben wie vorgesehen erfüllt werden. Im Mittelpunkt stehen hier Vakanzen im Bereich der Landesstellen in Höhe von 2,3 VZÄ.

Der **Fachbereich Verkehr & ÖPNV** kämpft weiterhin in allen Sachgebieten mit personellen Engpässen aufgrund von Personalwechseln und Langzeiterkrankungen. Insbesondere die Sachgebiete **Führerscheinstelle** und **Kfz-Zulassungsstelle** sind extrem betroffen, hier sind mehrere Stellen gleichzeitig vakant und nachzubeseetzen. Neben den offenen Stellen ist auch die Einarbeitung der neuen Mitarbeitenden eine große Herausforderung, da nur noch wenige erfahrene Mitarbeitende hierfür zur Verfügung stehen. Um weiterhin eine qualitativ hochwertige Kundenbedienung sicherzustellen wird auf zusätzliche organisatorische Maßnahmen wie z. B. zwingende Terminvergabe und eingeschränkte telefonischen Erreichbarkeit zurückgegriffen. Hinzu kommt im Bereich der Kfz-Zulassungsstelle die Umstellung des Fachverfahrens, welche einen enormen Schulungs- und Vorbereitungsaufwand erforderlich macht und damit zu mehreren Schließtagen führt.

Im **Bereich ÖPNV** liegt der Schwerpunkt auf den umfangreichen Vergabeverfahren von Verkehrsleistungen. Darüber hinaus sind die vielen neu hinzugekommenen Bundes- und Landesregelungen wie z. B. die Clean-Vehicles-Directive zu bewältigen. Deutliche Fortschritte sind beim Aufbau des automatischen Fahrgastzählsystems zu verzeichnen.

Die **Stabsstelle Strukturpolitik und Nachhaltige Mobilität** liegt leistungsseitig im Plan.

Mit Blick auf das Projekt **Ausbau und Elektrifizierung der Hochrheinbahn** ist hervorzuheben, dass diese mit deutlichen Baufortschritten auf die planmäßige Inbetriebnahme im Dezember 2027 zusteuert.

Marion Dammann
Landrätin

Ulrich Hoehler
Erster Landesbeamter